



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl CSU

Kürzungen des Bundes beim kooperativen Naturschutz zurücknehmen, mehr finanzielle Mittel bereitstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund weiterhin für eine Aufstockung und Verstetigung der finanziellen Mittel für den kooperativen Naturschutz einzusetzen.

Begründung:

Trotz der allgegenwärtigen Sparzwänge konnten weitere Kürzungen im kooperativen Naturschutz verhindert, leider jedoch nicht gänzlich abgewendet werden. Diese Kürzungen der alten Bundesregierung betrafen insbesondere den ländlichen Raum und wirken sich direkt auf zentrale Naturschutzförderprogramme in Bayern aus, die bislang mit Bundesmitteln kofinanziert wurden. Der Freistaat ist nicht in der Lage, die ausbleibenden Bundesmittel dauerhaft zu kompensieren. Besonders gravierend sind die Einschnitte bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), insbesondere nach Auflösung des Sonderrahmenplans Ökolandbau und Biologische Vielfalt: Seit 2024 stehen für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes und der Landschaftspflege nur noch die Hälfte an Bundesmitteln aus der GAK zur Verfügung.

Diese Entwicklung ist umso bedenklicher, da über Jahrzehnte hinweg hochwertige Naturschutzflächen durch gezielte Pflegemaßnahmen ökologisch aufgewertet wurden. Diese Flächen bilden heute wertvolle Rückzugsräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Um diese Erfolge nicht zu gefährden, müssen die notwendigen finanziellen Mittel weiterhin verlässlich und planbar zur Verfügung gestellt werden. Eine dauerhafte Kürzung der Bundesmittel würde langfristig zum Verlust dieser biodiversitätsreichen Gebiete führen – mit erheblichen Folgen für den Natur- und Artenschutz in Bayern. Wachsende Herausforderungen im Naturschutz für die Länder – die nicht zuletzt aus den ehrgeizigen Vorgaben der EU, z. B. Natura 2000 oder Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, erwachsen, bedürfen einer soliden Finanzierung.

Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angekündigte Mittelaufstockung bei der GAK im Zusammenhang mit der ländlichen Entwicklung sowie dem Hochwasser- und Küstenschutz wird begrüßt und sollte nun umgesetzt werden. Die bereits für

2026 umgesetzte Auflage eines Sonderprogramms Naturschutz- und Klimaanpassung innerhalb der GAK wird begrüßt. Die für 2026 vorgesehene Mittelausstattung mit 50 Mio. Euro für den nicht-produktiven Naturschutz ist ein erster wichtiger Schritt der Bundesregierung, den kooperativen Naturschutz zu stärken, da er insbesondere den Landschaftspflegeverbänden und ihren Partnern zugutekommt. Für die Folgejahre ist eine Verstetigung und Aufstockung dieses Sonderprogramms auf jährlich mind. 150 Mio. Euro erforderlich.